Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.

Erscheint an allen Werktagen. Abonnement in der Stadt vierteljährl. M. 1.35 monatl. 45 Pf. Bei allen württ. Postanstalten und Boten im Orts- u. Nachbarortsverkehr viertelj. M. 1.35, ausserhalb desselben M. 1.35, hiezu Bestellgeld 30 Pfg. Telefon Nr. 41.

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkündigungsblatt der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern, Enzklösterle ꝛc.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg. Auswärtige 10 Pfg., die kleinspaltige Garmondzeile. Reklamen 15 Pfg. die Petitzeile. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Abonnements nach Uebereinkunft. Telegramm-Adresse: Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 20. Samstag, den 25. Januar 1913. 30. Jahrg.

Die jungtürkische Revolution am Goldenen Horn.

Die in den letzten Tagen so stark angeschwellten Friedenshoffnungen sind mit einem Schlag vernichtet worden: Major Enver Bey, der mutige Verteidiger der Cyrenaika, der lange dem Abschluß des tripolitanischen Friedens trotzte und erst vor wenigen Wochen nach Konstantinopel zurückkehrte, hat am Donnerstag an der Spitze einer dem jungtürkischen Komitee ergebenen Truppe die Regierung zur Abdankung gezwungen, um die Fortsetzung des Krieges zu ermöglichen. Dabei ist der bisherige Kriegsminister Nazim Pascha auf der Straße erschossen worden. An Stelle Kiamil Paschas ist der frühere jungtürkische Kriegsminister Mahmud Schewket Pascha zum Großwesir und der frühere Großwesir Hakki Pascha zum Leiter der auswärtigen Politik ernannt worden.

Die großen Aufsehen erregenden Meldungen aus Konstantinopel lauten: Um halb 4 Uhr zogen die Demonstranten zur Pforte unter Enver Bey's Führung u. mit dem Rufe: „Wir wollen keinen Frieden!" Enver Bey begab sich unbehindert zur Pforte und suchte den Großwesir auf, dem er den Ernst der Lage auseinandersetzte. Kiamil Pascha erklärte, daß er bereit sei, abzudanken, er unterzeichnete auch sofort das Abdankungsdekret, das Enver Bey persönlich dem Sultan in Palais Dolmabagtsche überreichte. Der Kriegsminister Nazim Pascha hatte inzwischen die Pforte durch ein Bataillon Infanterie besetzen lassen. Die Erschießung Nazims erfolgte ohne die Schuld Enver Beys, der jedes Blutvergießen vermeiden wollte. Erst als aus den Fenstern die Anhänger Kiamil Paschas nach den Demonstranten schossen, wurde das Feuer erwidert, wobei Nazim Pascha erschossen wurde. Im Uebrigen herrscht in der Stadt Ruhe. Der Sturz der Regierung ist ein Werk der Armee, die den Krieg einem unehrenhaften Frieden vorzieht.

Der Krieg geht weiter.

Es schien alles in schönster Ordnung. Die türkische Regierung mit dem Sultan an der Spitze hatte sich bereit erklärt, dem Drängen der Mächte, insbesondere Rußlands, nachzugeben und sich in den — allerdings mit dem Verzicht auf den weitaus größten Teil der europäischen Türkei recht teuer bezahlten — Frieden zu schicken. Auch der eigens zu dem Zweck, zu der Absicht der Regierung seinen Segen zu geben, einberufene Staatsrat, zu dem gegen 100 alte türkische Würdenträger erschienen waren, hatte mit allen gegen eine Stimme dem Friedensschluß zugestimmt. Dieser eine Gegner war Ismail Hakki, der Generalstaatsanwalt am Kassationshof. Andere jungtürkisch Gesinnte wie Mahmud Schewket, der Generalissimus zur Zeit der ersten Revolution, waren zu dem Rat der Alten nicht erschienen. Sie hatten Wichtigeres zu tun: zur Zeit, wo die Antwort der Pforte auf die Note der Großmächte, die zum Frieden drängte, im zustimmenden Sinne überreicht werden sollte, riß das jungtürkische Komitee durch einen revolutionären Handstreich die Gewalt an sich, besetzte die Hohe Pforte und erklärte die Regierung für abgesetzt. Die Jungtürken, die schon immer für eine energische Fortsetzung des Krieges eingetreten waren, suchen auf diese Art die Fortführung des Krieges zu erzwingen. Es fragt sich nur, ob die Begeisterung genügt, bei den ungünstigen Verhältnissen in denen sich die türkischen Staatsverhältnisse befinden.

Allerdings sollte ja die Türkei den Frieden teuererkaufen. Der größte Teil ihres europäischen Besitzes soll eine Beute der vier christlichen Balkanfürsten sein und die Türkei kann von Glück sagen, wenn es ihr gelingt, die von den Griechen besetzten ägäischen Inseln wieder zu erhalten. Vorläufig haben die Griechen noch nicht die Absicht, sie wieder herauszugeben und die Triple-Entente unterstützt sie dabei. Der Dreibund allerdings dringt darauf, daß die ägäischen Inseln, die den Schlüssel zu den Dardanellen bilden, türkisch bleiben oder wenigstens nicht in andere Hände übergehen. Das weiteste Zugeständnis wäre die Verleihung der Autonomie an die Inseln unter türkischer Oberhoheit. Adrianopel dagegen wird für die Türkei verloren sein, zumal ja auch die Großmächte dafür eintreten, daß es Bulgarien zufällt; die anderen Balkanstaaten halten schon deshalb an der Uebergabe Adrianopels an Bulgarien fest, damit dieses nicht Ansprüche auf andere Gebietsteile, wie beispielsweise Saloniki erhebt, das die Griechen nicht mehr herausgeben wollen. Doch das alles sind Fragen, die durch die Revolution am Goldenen Horn wieder auf einige Zeit hinausgeschoben worden sind; denn wenn es den Jungtürken gelingt, sich in der Macht zu behaupten, dann wird der Krieg von neuem aufflammen. Wie er allerdings ohne Geld — und die türkischen Staatskassen sind leer — durchgeführt werden soll, diese Sorge wird den Jungtürken wohl einiges Kopfzerbrechen machen, denn die Finanziers der Mächte wollen kein Geld mehr hergeben, wenn nicht Friede geschlossen wird — und Rußland wird jetzt vielleicht sogar seine Neutralität aufgeben, da ja eine Revolution ausgebrochen ist. So sieht die Sache wieder einmal recht bedenklich aus — auch für die Großmächte und für den Weltfrieden.

Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Sitzung vom 23. Januar.

Die Abgeordnetenkammer erledigte heute zuerst den Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Gesetzes über die

Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer.

Bei der Steuerreform ist die Beibehaltung der Katastersteuer auf fünf Jahre nachgesucht worden, um bis dahin eine Ergänzungsbesteuerung zur Einkommensteuer zu treffen. Bisher ist dies nicht geschehen. Die Gültigkeitsdauer der Katastersteuer muß also verlängert werden. Es soll durch den Entwurf eine Verlängerung bis 31. März 1917 eintreten.

Abg. **Eisele** (Vp.): beantragt die Verlängerung nur bis 31. März 1915. Daß die Verlängerung des Gesetzes notwendig sei, werde auf keiner Seite bestritten. Eine Verlängerung zunächst auf 2 Jahre halten seine Freunde aber für ausreichend. Die Volkspartei wolle mit ihrem Antrag zum Ausdruck bringen, daß das Haus eine Beschleunigung in der Steuerreform verlange.

Finanzminister **v. Geßler** betont, daß die Möglichkeit neuer Befristung nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen sei. Ob das bei dem volksparteilichen Vorschlag möglich sein werde, erscheine ihm fraglich. Die ganze Befristung sei übrigens von keiner praktischen Bedeutung.

Abg. **Reck** (DP.) empfiehlt eine kürzere Befristung. Die Verzögerung der Steuerreform werde durch eine kürzere Befristung eher ausgeglichen.

Finanzminister **v. Geßler** versichert, daß die Regierung nicht daran gedacht habe, hier einen Vorschlag zu machen, der die Erneuerung der Steuerreform verzögern sollte. Die Redner des Bauernbundes und des Zentrums erklären ihre Zustimmung zu dem Antrag Eisele.

Der Redner des Zentrums, Vizepräsident **v. Kiene**, bezweifelt allerdings, ob es möglich sein werde, die Steuerreform in zwei Jahren fertigzustellen. Es werde aber mit dem Antrag wenigstens grundsätzlich ausgesprochen, daß das Haus eine möglichste Beschleunigung der Reform wünsche.

Nach Ausführungen des Abg. **Keil** (Soz.) und anderer Redner werden der Antrag Eisele und das Gesetz einstimmig angenommen. — Das Haus geht zur Beratung des Eisenbahnbau-Kreditgesetzes über. Abg. **Andre** (Z.) polemisiert gegen den Abg. Gauß wegen dessen Mahnung zur Vorsicht beim Bau von Nebenbahnen. Abg. **Wieland** (DP.) richtet unter Hinweis auf

---

Die Schönheit tut ihre stärkste Wirkung beim ersten Anblick und verliert ihre anziehende Kraft in dem Maße, wie man mit ihr bekannter wird. Wieland.

Frau Welt.

Roman von Erika Riedberg.

(15) Nachdruck verboten.

(Fortsetzung.)

„Ach — schal! Wer weiß einen besseren Trinkspruch? Ein Königreich für einen Trinkspruch! —"

Jubel erhob sich: Laute Witze, ein Schwall von Worten in Vers und Prosa — und mitten dazwischen, stehend, in ihrem purpurroten Kleid, die funkelnde Schale emporgehoben zum lachenden Mund — der übermütigsten eine — Sidonie —

Da hielt es Eberhard nicht mehr aus. Hastig nahm er draußen seine Sachen, vergaß, Betty, die wie ein Kätzchen angeschlichen kam, das Trinkgeld zu geben, und rannte die Treppen hinunter.

Hätte er noch länger dies Lachen, Gläserklirren, diese bald abgeschmackten, bald paradoxen Witzeleien hören müssen, seine Nerven wären gerissen.

Während er eilig durch die Straßen lief, sich hastig an den Menschen vorbeidrängte, fragte er sich selbst staunend:

„Herrgott, stehe ich denn so fremd dem Leben gegenüber? Und am fremdesten vor meinem eigenen? Ist denn nichts in mir vom sogenannten Künstlerblut, das sich so vieles erlauben darf, dem man so vieles verzeiht?

Wird das immer so bleiben? Werde ich mich nie zurechtfinden auf Wegen, wo Lachen und Uebermut uns begleiten?

Oder verschiebe ich das alles nur unbewußt, bis ich Gewißheit habe, ob mir das Gnadengeschenk, die Künstlerschaft — die wirkliche, hehe, heilige, verliehen ist?"

Eiliger lief er vorwärts, neben allem Grübeln plötzlich von unbezwinglicher Sehnsucht nach seiner stillen Klause gepackt, die den Inhalt seines ganzen Lebens barg.

Seine Hände flogen, als er die Tür aufschloß — hastig machte er Licht — ohne sich weiter umzusehen, trat er vor den hohen, verhüllten Gegenstand im Zimmer.

Ein paar eilige Griffe entfernten die nassen Tücher — und da stand sie da, überstrahlt vom Licht einer riesigen Lampe an Deckenbalken — die Statue, zu der Sidonie Feuren die prangende Schönheit ihres Körpers geliehen — fertig — bis auf das Antlitz —. Eine Frauengestalt von erhabener Vollendung.

Leichtes, gegürtetes Gewand rieselte wie Schleier über die wundervollen, in feierlicher Ruhe verharrenden Glieder.

Die Hände waren ein wenig ausgestreckt mit einer ergreifenden Gebärde der Hoheit und des Trostes.

Und Eberhard stand und starrte und plötzlich hob er die Arme empor und sprach laut zu seinem Werk: „Frau Welt! Werde! O werde!"

Und alles, was das Wort Welt für ihn bedeutete, — den vollen Inbegriff, den wiederzugeben er jahrelang in Kampf und Sehnen gerungen — das zog in dieser Nachtstunde abermals durch seine Seele.

Er sah sie vom Kerker erzwungener Entsagung aus als unwiderstehliche Lockerin zur Arbeit, zur Kunst, zum Schönen und zur Frauenliebe — — So blieb sie ihm lange.

Dann trat sie vor ihn als bacchantische Spenderin schaler Freuden, des Taumels, des Genusses — eine Töterin reiner Kunst — ein Zerrbild — —

So erblickte er sie vor Stunden — und als er begriff, floh er sie.

Nicht so lebte sie in ihm. Jenes Antlitz durfte sie nicht tragen — wenn seine Hände sich nicht an seinem Heiligsten versündigen wollten.

Und er stand und starrte mit weitoffenen Augen und sah doch nichts von Außendingen — sah nur, was jetzt vor seinen Seelenaugen heraufzog — leuchtendklar — sieghaft. Die Allwissende, Allesverstehende, lächelnd Verzeihende — die über allem thronende Verkörperung des rein Natürlichen und deshalb so zweifellos Idealen, daß beide untrennbar in edelster Mischung verschmelzen — Frau Welt! Ein Lächeln in den weit offenen, weit hinausgerichteten Augen, ein Wissen auf der Stirn — ein Verzeihen auf den Lippen! Seine Welt!

Seine Brust atmete tief. Sein Angesicht strahlte in seliger Freude das Licht seines Erkennens wieder.

„Erdmuthe —! Du bist es!" — —

Als er sich umwandte, da lag im Lampenlicht ein Brief auf seinem Tisch —

Und Erdmuthe Wald schrieb:

„Liebster! Nicht früher, als bis es ganz, ganz sicher war, solltest Du es erfahren — — Ich komme nach Berlin!

Ja, Du Liebster! Hör's noch einmal: Ich komme nach Berlin!

Da steht es so stumm und vernünftig, und die dummen, schwarzen Buchstaben wissen gar nicht, was sie da sagen!

In vierzehn Tagen von heute an bin ich dort! Wohne zuerst im Hotel.

Ach so, wo ich engagiert bin — das hätte ich bald vergessen zu schreiben. Also am Deutschen Theater — sehr gutes Engagement."

Eberhard las nicht weiter — er ließ die Stirn auf das Briefblatt sinken — tiefer Friede zog in sein Herz.

Noch einmal sprach er mit einem Seufzer des Erlöstseins:

„Erdmuthe! Du bist es!"

— — In dieser Nacht schlief Eberhard so ruhig, als sei ihm die Heimat und mit ihr der Glaube des Vaters an seine Rechtschaffenheit geschenkt.

Bei Ernheims loderte alles — der Gnädigen Zorn, Ruths Ungeduld und — das Feuer in der Küche, welches das vierzehnjährige kleine Dienstmädchen unsinnig hoch angefacht hatte und zwar mit dem teuren Anmachebenzin. Frau von Ernheim riß die angekohlten Scheite mit der Zange wieder aus der Herdtür und warf sie in den Ascheneimer, wo sie so lustig weiterqualmten, daß der beißende Rauch die Küche zum Ersticken füllte, auf den Vorplatz und von da in die Zimmer zog.

„Solch ein Blödsinn! Für die paar Koteletts ein Feuer zu machen, als ob ein Ochse gebraten werden sollte," schalt sie mindestens zum zehnten Male.

Das Mädchen heulte. Nicht allein, weil ihr der Rauch in die Augen biß, sondern weil sie dieser Gnädigen aber auch nichts recht machen konnte — und zum Ueberfluß erschien nun auch des Leutnants lange Gestalt in der offenen Tür.

„Na nu! Ihr markiert hier wohl'n Kohlenmeiler? Gießt doch das Zeugs aus!"

Er schüttete einen vollen Wasserkrug auf das glimmende Holz — zischend erloschen die Flammen.

(Fortsetzung folgt.)

— Scherzfragen eines Weltweisen. Warum ist ein Topf ohne Deckel unvollständig? — Weil auch die Frau ohne Ehemann im Leben keine Vollkommenheit abgibt. — Warum gab es keine männlichen Hexen im Mittelalter? — Weil die Männer schon von jeher auf dem Scheiterhaufen ihrer Gefühle für die Frauen gebrannt hatten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

die Verkehrsstockung im Ruhrgebiet an die Regierung die Aufforderung, eine weitsichtige Verkehrspolitik zu betreiben. Bei Erweiterungen und Verbesserungen müssen die Hauptbahnen besonders berücksichtigt werden. Der Redner wünscht eine stärkere Amortisation der Eisenbahnanleihen. Die Unterbringung der vorgesehenen 40 Millionen-Anleihe fällt in eine ungünstige Zeit.

Ministerpräsident **v. Weizsäcker**: Im Bau von zweiten Gleisen stehe Württemberg hinter anderen Verwaltungen zurück. Was dafür gefordert werde, sei das Minimum. Das zweite Gleis Ulm-Friedrichshafen werde noch im Laufe dieses Jahres vollendet. In den Jahren 1897 bis 1911 seien für die Stuttgarter Bahnhofsbauten insgesamt 46 800 000 Mark ausgegeben worden, für die übrigen Bahnbauten des Landes 147 Millionen. (Hört! hört! links). Das Verhältnis sei also ungefähr wie ein Viertel zu drei Viertel. Die Einnahmen aus dem Personen- und Güterverkehr auf dem Stuttgarter Bahnhof bilden 38 Prozent der Gesamteinnahmen. Das beweise, daß kein so großes Mißverhältnis zwischen Stuttgart und dem Lande besteht. Dagegen sei für den Stuttgarter Hauptbahnhof früher sehr wenig geschehen, so daß ein Schuldkonto zu Gunsten Stuttgarts entstanden sei. Es sollten deshalb nicht die Gegensätze zwischen Stuttgart und dem Lande geltend gemacht werden. (Sehr richtig! links). Der Ministerpräsident erklärt, daß für die nächsten zwei Jahre für Nebenbahnen darunter die Murgtalbahn, 14 Millionen Mark in Aussicht genommen seien.

Vizepräsident **v. Kiene** (Ztr.) wünscht, daß im Entwurf die später zu bauenden Nebenbahnen aufgeführt werden, damit man Klarheit über das Bauprogramm bekomme. Der Bau von zweiten Gleisen auf der Schwarzwaldbahn hätte schon früher, vor 20 Jahren, erfolgen müssen, um den großen Durchgangsverkehr von Nord nach Süd nach Württemberg zu ziehen.

Abg. **Storz** (Bp.) betont, daß es die Volkspartei gewesen sei, die den Bau von Nebenbahnen intensiv betrieben habe. Der Abg. Gauß habe recht gehabt, als er behauptete, daß ohne den Ausbau der Nebenbahnen die Eisenbahnrente höher wäre. Die Regierung habe es versäumt, ein festes Programm aufzustellen. Einzelne Bezirke machen für den Bau von Bahnen so große Leistungen, daß sie dadurch, wenigstens für die erste Zeit, eher wirtschaftlich geschwächt als gestärkt würden. Die falsche Eisenbahnpolitik der letzten 20 Jahre sei eigentlich eine Entschuldigung für die Umgehungspolitik der östlichen und westlichen Nachbarn Württembergs. In der Begründung des Entwurfs hätten auch nähere Mitteilungen gemacht werden sollen über den Fortgang des Stuttgarter Bahnhofumbaues. Es gingen da allerhand Gerüchte über Risse an den neuen Betonbrücken um.

Nach weiterer Erörterung wird ein Schlußantrag mit den Stimmen der Linken gegen die schwächer vertretene Rechte angenommen. (Beifall links). Nächste Sitzung Freitag Vormittag 9 Uhr: Anfrage Hanser über die Notlage der Weingärtner.

Aus der Finanzkommission.

In der Finanzkommission wurde zunächst die Rechtslage bezüglich des Baues der neuen Neckarbrücke geprüft und die Verpflichtung des Staates anerkannt. Sodann wurden die Vorteile sowohl des Staates als der Stadt bezüglich des geplanten Unternehmens genau abgewogen, wobei von Seiten der Regierung neues Material beigebracht wurde, das der Kommission auch noch gedruckt vorgelegt werden wird. Im allgemeinen ist die Stimmung die, daß die Vorlage wohl ein gerechtes Mittel darstellen wird, doch ist von einer Beschlußfassung abgesehen worden. Heute Freitag findet eine weitere Sitzung statt, die dann die definitive Klärung und Erledigung der Frage bringen wird. Im allgemeinen ist der Eindruck der, daß sowohl auf Seiten der Stadt als auch auf Seiten der Eisenbahnverwaltung beträchtliche Vorteile bestehen, daß aber von höherer Warte aus gesehen, die Ausführung des Unternehmens in der geplanten Weise gewünscht werden muß.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 23. Januar 1913.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Präsident Dr. Kaempf eröffnete die Sitzung um 1¼ Uhr.

Das Haus setzte die Spezialberatung des Etats für das Reichsamt des Innern fort.

Zunächst wurden die fünf Resolutionen, welche zum ersten Ausgabetitel „Gehalt des Staatssekretärs" eingebracht und bei der gestrigen Abstimmung übersehen worden waren, erledigt.

Abgelehnt wurde die Resolution Mumm und Gen. (Wirtsch. Vgg.) wegen Erweiterung der Arbeiterschutzbestimmungen für die Großeisenindustrie, sowie die Resolution Albrecht (Soz.) wegen gesetzlicher Regelung der Arbeits- und Ruhezeit für die Angestellten im Gastwirtsgewerbe.

Angenommen wurden die Resolution Albrecht (Soz.) wegen Erweiterung der Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in Glashütten, Glasschleifereien, Glasbelzereien und Sandbläsereien; die Resolution Albrecht (Soz.) auf Erlaß einer Bundesratsverordnung zum Schutze der Ziegeleiarbeiter, und die Resolution Spahn (Ztr.) auf baldmöglichste Vorlegung einer Denkschrift über die wirtschaftlichen, gesundheitlichen, sittlichen und sozialen Wirkungen der deutschen Arbeiterschutz- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung.

Darauf wurde in der Beratung des Ausgabekapitels „Allgemeine Fonds" fortgefahren. Für Unterstützung der Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften sind 3 909 000 Mark ausgeworfen.

Eine Resolution Albrecht (Soz.) verlangte eine Erhöhung dieser Unterstützungssätze.

Abg. Rauch (Soz.) begründete diese Resolution, und betonte, daß die Annahme des Antrags im allgemeinen Interesse liege, um in den Kreisen der Einberufenen Unzufriedenheit zu vermeiden.

Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald: Auch die Reichsregierung hegt die größten Sympathien für die Familien der einberufenen Reservisten. Es muß aber auf die finanzielle Tragweite dieser Wünsche hingewiesen werden. Den Einberufenen ist das Recht gegeben, wenn sie nicht allzulange der Arbeit entzogen werden, ihren Lohn weiter zu beziehen. Ebenso gibt das Privatangestelltengesetz weitergehende Ansprüche.

Abg. Erzberger (Ztr.): Wir sind auch für eine Erhöhung der Unterstützung, halten aber den von den Sozialdemokraten vorgeschlagenen Weg für ungangbar. Ich schlage deshalb die Erhöhung auf 50 Prozent des ortsüblichen Tagelohnes vor. Die Ausgaben für diesen Zweck steigen natürlich. Das liegt an der wachsenden Friedenspräsenz. Deshalb darf man aber berechtigte Forderungen nicht ablehnen.

Abg. Koch (Fortschr. Vpt.): Wir stimmen dem Antrage zu, selbst wenn die Entschädigungssumme auf 75 Prozent erhöht wird.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Meine Freunde stimmen ebenfalls dem Antrage zu. Den ortsüblichen Tagelohn halte ich für eine gute Grundlage. Allerdings ist dieser nicht überall gleich, und er ist ganz besonders für die ländlichen Arbeiter eine zu niedrige Basis.

Abg. Bruhne (Soz.): Die Sparsamkeit, auf die auch hier wieder verwiesen wird, tritt leider bei neuen Militärvorlagen niemals hervor; auf die Veteranenbeihilfe aber läßt man die bedürftigen alten Leute unendlich lange warten.

Abg. Schulenburg (Natl.): Auch wir werden für die Resolution stimmen. Wenn die Unterstützungsbedürftigen manchmal monatelang auf die Auszahlung warten müssen, so wäre das sehr bedauerlich.

Direktor Lewald: Die verbündeten Regierungen werden gern bereit sein, darauf hinzuwirken, daß die Entschädigungen mit aller Beschleunigung ausgezahlt werden.

Abg. Dombek (Pole) sprach sich ebenfalls für die Resolution aus.

Abg. Erzberger (Ztr.): Der Anregung des Abg. Schulenburg auf Verdoppelung oder Verdreifachung der Veteranenbeihilfen werden wir keine Folge leisten. Wir sehen mit besonderem Interesse den Deckungsvorschlägen entgegen, welche die nationalliberale Partei machen wird.

Der Titel wurde bewilligt, die Resolution Albrecht einstimmig angenommen.

Bei Titel 18 „Aufwendungen für Einrichtungen und Veranstaltungen, welche allgemeinen Interessen des deutschen Handels und Gewerbes dienen" forderte

Abg. Thöne (Soz.) Maßnahmen zur Schiffbarmachung der Werra im Interesse des Handels und Verkehrs und bedauerte, daß nur 80 000 Mark für diesen Titel eingestellt seien.

Geheimrat Dr. Richter: Die Bedeutung der Schiffbarmachung der Werra verkennen wir nicht. Aber dieser Fonds ist doch bisher nur so aufgefaßt worden, daß Aufwendungen daraus bestritten werden, die Handel und Gewerbe direkt [illegible] können für den Zweck der Schiffbarmachung der Werra aus diesem Fonds Mittel nicht gewährt werden.

Abg. Kräzig (Soz.): Vor einigen Tagen ist dem Reichstage ein Antrag des Kolonialwirtschaftlichen Komitees, betreffend Förderung der Baumwollkultur zugegangen. Auch wir wollen dafür Mittel bewilligen, verlangen aber, daß diese Mittel Leuten in die Hände gegeben werden, die nicht nur daran denken, sich zu bereichern. (Vizepräsident Dr. Paasche rief den Redner wiederholt zur Sache, da bei diesem Titel nicht die ganze Wirtschaftspolitik aufgerollt werden könne.) Ich möchte den Herrn Geheimrat Paasche der uns gestern so beweglich die Verhältnisse in Ostasien geschildert hat, bitten, sich einmal davon zu überzeugen, daß wir auch in Deutschland noch sehr viele Arbeitstiere haben. (Vizepräsident Dr. Paasche: Ich bin hier nicht Geheimrat, sondern Abgeordneter!) Ich möchte den Herrn Abg. Paasche bitten, sich einmal eine Jutefabrik in Braunschweig anzusehen. (Andauernde Unruhe.) Die militärische Tauglichkeit der Textilarbeiter bleibt 42 Prozent hinter dem Durchschnitt zurück.

Zum Titel 19 „Förderung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Unterstützung wissenschaftlicher, technischer und ähnlicher allgemeiner Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft beantragte

Abg. Hoesch (Kons.) Erhöhung der der deutschen Gesellschaft für Züchtungskunde bisher gewilligten Unterstützungen.

Abg. Wallenborn (Zentr.) trat für weitere Unterstützung der pomologischen Vereine ein.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Den Anregungen, die der Herr Vorredner bezüglich der pomologischen Vereine gegeben hat, werde ich gern Folge geben. Aufgabe des Reiches ist es nur, da helfend einzutreten, wo die Einzelstaaten versagen. Eine Erhöhung der Beihilfen kann ich deshalb nicht in Aussicht stellen, falls nicht eine anderweitige Gestaltung meines Etats eintritt.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.): Auch dem Gemüsebau muß seitens des Reiches mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Ich möchte hier auf eine kleine Schrift aufmerksam machen, die sich mit der Notlage des Weinbaues beschäftigt. Es müssen Schritte vom Reiche unternommen werden, daß gerade die kleinsten Weinbauern weiter existieren können.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Wenn es ein Gebiet gibt, wo nach meiner Überzeugung ein Eingreifen des Reichs nicht in erheblichem Maße in Frage kommt, so ist es das der Landwirtschaft, des Gartenbaues usw. Hier wird von den Bundesstaaten und von der organisierten Selbstverwaltung der Landwirte Außerordentliches geleistet. Was die Maul- und Klauenseuche betrifft, so ist doch das Viehseuchengesetz erst vor Kurzem in Kraft getreten und die darin enthaltene neue Prophylaxe muß zunächst einmal ausprobiert werden. Dem Wunsche der Unterstützung solcher Forscher, die sich auf diesem Gebiet erfolgreich betätigt haben, bin ich nachgekommen.

Abg. v. Böhn (Deutschkons.) empfahl ebenfalls größere Unterstützung der Gesellschaft für Züchtungskunde, die im Interesse des Exports von Zuchttieren liegen würde.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Dieser letzte Zweck wird von der Regierung im Auge behalten. Ein bestimmtes Versprechen kann ich aber nicht geben, daß der Fonds erhöht wird. Ich erkenne die segensreiche Tätigkeit dieser Gesellschaft durchaus an. (Beifall).

Abg. Dr. Wendorff (Fortschr. Vpt.): Ich möchte der Befriedigung meiner Freunde Ausdruck geben, daß die Regierung bemüht ist, der Maul- und Klauenseuche Herr zu werden.

Zu dem Fonds von 30 000 Mark „Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsnachweise" beantragte

Abg. Dr. Graf v. Posadowsky (Wild) mit Unterstützung aller bürgerlichen Parteien eine Erhöhung des Betrages im nächstjährigen Etat.

Abg. Dr. Doormann (Fortschr. Vpt.): Bei den Arbeitsnachweisen ist der wunde Punkt die Geldfrage. Der Verband wünscht eine Erhöhung der Unterstützung auf 50 000 Mark. Mit Erfüllung dieses Wunsches würde ein früher gegebenes Versprechen eingelöst.

Abg. Thöne (Soz.): Wir stimmen dem Antrag des Grafen Posadowsky zu. Wir halten eine reichsgesetzliche Regelung der Arbeitsnachweise für notwendig.

Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Es folgte das Ausgabekapitel „Reichskommissariate".

Zu den Ausgaben für die Reichsschulkommission begründete

Abg. Schulz-Erfurt (Soz.) eine Resolution, diese in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen umzuwandeln. Die Reichsschulkommission ist ein unzulänglicher Versuch mit untauglichen Mitteln, um den Ausnahmezustand für die Wohlhabenden zu verdecken. 95 Prozent Minderbemittelte, aber nicht Minderbegabte, sind von dem Vorrecht der Einjährigenberechtigung ausgeschlossen. Es fehlt an einer Reichszentralstelle für Anregungen auf dem Schulgebiet.

Abg. Kuckhoff (Zentr.): Die Schulfragen zu regeln, muß Sache der Einzelstaaten sein. Die Sozialdemokraten wollen vor allem die Schulen unter die Aufsicht des Reiches bringen; dagegen müssen wir uns mit aller Kraft wehren. Eine Verständigung zwischen den einzelnen Bundesstaaten bevorzugt auch nicht einer solchen Reichszentralbehörde. Der ganze Zweck des Antrages ist die Errichtung eines Reichsschulamts, welches die Kompetenz der Einzelstaaten auf dem Schulgebiete beseitigt. (Lärmender Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Die Reichsschulkommission hat eine Existenzberechtigung wegen der Prüfung der vorhandenen Lehranstalten auf ihre Berechtigung, das Einjährigenzeugnis zu erteilen.

Abg. Dr. Kerschensteiner (Fortschr. Vpt.): Ein Reichsschulamt ohne disziplinarische Befugnisse ist keineswegs eine neue Forderung. Ich möchte mich prinzipiell gegen ein Reichsschulamt erklären, wohl aber für ein Reichsschulamt als Beirat für alle möglichen Schulangelegenheiten. Die Schule ist am wenigsten geeignet, in eine Uniform gesteckt zu werden. Ich habe nichts gegen sechs unfehlbare pädagogische Päpste, aber die größten Bedenken gegen einen. (Große Heiterkeit.) Man kann sagen: Gott weiß alles, aber der Professor weiß alles besser. (Erneute Heiterkeit.) In Erziehungs-, Religions- und Kunstfragen ist eine einheitliche Reichsinstitution ein Hemmnis. Wie schädlich eine Zentralisation sein kann, können Sie an der strammen Organisation des französischen Schulwesens sehen. Wir stimmen für die Resolution nur insoweit, als das Reichsschulamt keine gesetzlichen Befugnisse erhält.

Darauf wurde die Verhandlung abgebrochen.

Nächste Sitzung heute abend 8 Uhr: Weiterberatung.

Schluß 6¼ Uhr.

Deutsches Reich.

Wahlkompromisse. Die Kompromißverhandlungen zwischen den Organisationen der Nationalliberalen und der Fortschrittlichen Volkspartei der Provinz Hessen-Nassau — über die gemeinsame Aufstellung von Kandidaten, je nach Maßgabe der Parteistärke der einzelnen Wahlbezirke — haben sich zerschlagen. Die Bezirke werden jetzt für sich allein vorgehen. Die erste Folge ist der Beschluß der Frankfurter Nationalliberalen, für die bevorstehenden Landtagswahlen eigene Kandidaten aufzustellen. Bisher hatten in Frankfurt die Nationalliberalen stets den fortschrittlichen Kandidaten unterstützt.

Die Landtagswahlen in Detmold. Bei den Landtagswahlen wurden gewählt: 10 Konservative (früher 10), 2 Nationalliberale (früher 2), 1 Christlich-Sozialer (früher 1), 1 Sozialdemokrat (früher 1), 3 Freisinnige (früher 7); vier Stichwahlen sind nötig, bei denen sämtlich Liberale den Sozialdemokraten gegenüber stehen.

Vortrag Dr. Paasches. Der 1. Vizepräsident des Reichstages, Dr. Paasche, hielt im Plenum des Reichstages vor einem gewählten Publikum, darunter auch Damen, seinen angekündigten Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Der Redner schilderte seine Erlebnisse in China und Japan und sprach sich namentlich über die deutschen Bestrebungen in Kiautschau mit großer Anerkennung aus. Der Vortrag wurde durch eine Anzahl trefflicher Lichtbilder illustriert, die Dr. Paasche selbst auf seinen Reisen festgehalten hatte.

Berlin, 24. Jan. Der Abgeordnete Bassermann hat die Anfrage gestellt, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß England, Frankreich und Rußland in einen Meinungsaustausch über das armenische, syrische und arabische Gebiet der Türkei eingetreten sind und was die deutsche Regierung in derselben Angelegenheit zu tun gedenke.

Cassel, 23. Jan. Ueber die Lichtspieltheater Aktiengesellschaft mit ihren Filialen in Straßburg, Saarbrücken, Stuttgart und Breslau ist gestern der Konkurs verhängt worden. Die Cassieler „Stadtparklichtspiele" werden von heute an ihre Pforten schließen. Die Unterbilanz beträgt 320 000 Mark.

Hannover, 22. Jan. Die Welfenpartei ist gegenwärtig lebhaft um ihre Neuorganisation bemüht und hat insbesondere den 14. hannoverschen Reichstagswahlkreis in Angriff genommen.

Ausland.

Parlaments-Eröffnung in Norwegen.

Der König eröffnete in Christiania in feierlicher Weise das Storting. Die Thronrede besagt unter anderem: Das Verhältnis zu den fremden Mächten ist freundschaftlich. Im Januar 1912 haben in Christiania zwischen norwegischen, russischen und schwedischen Delegierten Verhandlungen über Spitzbergen stattgefunden. Dabei wurde ein den abgeänderten Entwurf zum Uebereinkommen über Spitzbergen betreffendes Schlußprotokoll, sowie ein Entwurf zu Abmachungen über die Okkupation von Grundstücken daselbst unterzeichnet. Diese Entwürfe wurden den an Spitzbergen interessierten Mächten vorgelegt. Die von dem Schlußprotokoll angekündigte neue Konferenz konnte noch nicht abgehalten werden. Die wirtschaftliche Entwickelung des Landes hat sich im abgelaufenen Jahre günstig gestaltet.

Leid und Freud am Zarenhof.

Aus Petersburg wird dem B. T. berichtet: In einigen Tagen dürfte der Zarenhof um eine neue Mißheirat reicher sein. Großfürst Andreas, der jüngste Sohn des Großfürsten Wladimir, hat sich mit einer Tänzerin des kaiserlichen Balletts, einer überaus gefeierten Schönheit, ins Ausland begeben, um sich dort gegen den ausdrücklichen Wunsch des Zaren mit ihr trauen zu lassen. Er will sich in Paris niederlassen. Auch andere Unstimmigkeiten in der kaiserlichen Familie verdunkeln das Leben am Zarenhof. So hat der Zar die Verlobung seiner ältesten Tochter, der Großfürstin Olga, mit dem Großfürsten Dimitri, dem Sohne des Großfürsten Paul, die im August an Bord der Kaiserjacht „Standard" gefeiert wurde, endgiltig gelöst. Dem Zaren und der Zarin gibt ferner der Zustand des Thronfolgers Alexis Veranlassung zu fortgesetzten Besorgnissen, da die Bewegungsfreiheit des einen Fußes stark beeinträchtigt ist. Der Patient ist an den Krankenstuhl gefesselt. Auch die Kaiserin-Mutter kann die Besuche ihrer Verwandten nur im Krankenstuhl empfangen. Trotz der offiziösen Ableugnung steht fest, daß sie nach Aussprache mit dem Großfürsten Michael, dem Gatten der Frau v. Wenkel, einen Anfall erlitten hat, der ihr die Bewegungsfreiheit beider Füße raubte. Seit jenem Tage sind alle Versuche der Kaiserin-Witwe, selbst zu gehen, gescheitert. Sie hat erst vor wenigen Tagen das Bett verlassen können. Als „Entschädigung" für alle diese Mißhelligkeiten in seiner Familie kann der Zar nur das freudige Ereignis betrachten, dem die Zarin, wie erzählt wird, für den Mai oder Juni entgegensieht.

Vom Panamakanal. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben Englands Protest in der Panamakanal-Frage zurückgewiesen und bestehen auf der freien Durchfahrt durch den Kanal für amerikanische Schiffe, während die fremden Schiffe die Gebühr zur Amortisation der Kosten zu erlegen haben.

Beduinenkämpfe in Derna. Wie Mailänder Blätter berichten, finden fortgesetzt Kämpfe mit den

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Beduinen vor Derna statt. Die Beduinen wurden in einem Treffen zurückgeschlagen und ließen 7 Tote und mehrere Verwundete zurück. Die Gefangenen erzählen, daß die Beduinen zwei italienische Kundschafter getötet haben.

London, 23. Jan. Im Unterhaus begann die Beratung über die Resolution, durch die die Beratungszeit der Wahlrechtsbill festgesetzt wird. Die Beratung über die Bill selbst findet morgen statt. Da in der Frage des Frauenstimmrechts alle Parteiunterschiede verwischt sind, so herrscht in den verschiedenen Parteien die größte Verwirrung. Da die Anhänger des Frauenstimmrechts sich nicht darüber einigen können, welcher Art das den Frauen zu gewährende Wahlrecht sein soll, so besteht die Möglichkeit, daß sowohl die Anträge, die das Wahlrecht für alle erwachsenen weiblichen Personen wollen, ebenso wie die verschiedenen Vorschläge, die den Frauen nur ein beschränktes Wahlrecht zugestehen wollen zu Fall kommen, weil keine von beiden Arten die volle Unterstützung der Anhänger des Frauenstimmrechts im Hause findet. Die Lage wird noch verwickelter, da die Regierung gewisse Verbesserungsanträge angekündigt hat, die die Wahlrechtsbestimmungen abändern.

Wien, 23. Jan. Die Polizeidirektion hat eine Kundgebung erlassen, wonach das Tragen ungeschützter Hutnadeln mit Geldstrafen bis zu 200 Kronen oder Arreststrafen bis zu 14 Tagen geahndet wird.

Petersburg, 24. Jan. Das Schwurgericht verurteilte den Bürgermeister und zwei Ratsherren von Nystad wegen Widerstands gegen das Gesetz über die Gleichberechtigung der Russen in Finnland zu sechs Monaten Gefängnis.

Albany (Newyork), 23. Jan. Der Senat des Staates Newyork nahm gegen eine Stimme eine Resolution an, die sich für die Einführung des Frauenstimmrechts und eine dementsprechende Abänderung der Staatsverfassung ausspricht. Die Resolution ist gestern in der Zweiten Kammer angenommen worden und geht jetzt an den Gouverneur zur Zeichnung.

Württemberg.

Dienstnachrichten.

Der König hat die ordentliche Professur für alttestamentliche Theologie an der evangelisch-theologischen Fakultät der Universität Tübingen dem ordentlichen Professor Dr. Alfred Bertholet an der Universität Basel, die evangelische Pfarrei Weil im Schönbuch, Dekanats Böblingen, dem Pfarrer Ziegler in Ormendelfall, Dekanats Oehringen, übertragen.

Landesversammlung der württ. Bodenreformer.

In Stuttgart tagte im Hotel Herzog Christoph die Landesversammlung der württ. Bodenreformer. Der Landesvorsitzende, Oberbürgermeister Jäckle von Heidenheim, gab zuerst in einer geschlossenen Mitgliederversammlung den Jahresbericht, worauf die Wahlen erfolgten. Mit einigen Ausnahmen wurde der seitherige Ausschuß wiedergewählt. Zum Geschäftsführer wurde für den krankheitshalber zurückgetretenen Prof. Feucht, Postsekretär Kucher-Stuttgart gewählt. Im Anschluß an die Mitgliederversammlung fand noch eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Prof. Dr. Kindermann in sehr guten und leicht verständlichen Worten über „Die Bodenreform in sittlichen und wirtschaftlichen Fragen" sprach. Mögen diese Ausführungen auch Früchte zeitigen und immer weitere Kreise der Bevölkerung der gerechten und gesunden Sache der Bodenreform zu führen.

Der Gewerbe-Oberschulrat erläßt im Gewerbeblatt einen Bewerberaufruf für den Eintritt von Regierungsbaumeister, Diplomingenieuren und Regierungsbauführern in den Gewerbeschuldienst. Höher geprüfte Techniker mit Praxis werden ohne besondere Gewerbelehrer-Prüfung eingestellt, sie haben nur eine vierteljährige Probe- und Einführungszeit durchzumachen.

Stuttgart, 22. Jan. Im Alter von 82 Jahren ist die durch ihre große Wohltätigkeit, insbesondere auch durch ihre Mitgliedschaft bei der Zentralleitung des Wohltätigkeitsvereins und als Vorsteherin des Paulinenvereins zur Bekleidung armer Landleute weit und breit bekannte Kommerzienrats-Witwe Auguste Keller, geborene Kapff, hier gestorben.

Stuttgart, 23. Jan. Die bürgerl. Kollegien Stuttgarts beschlossen, als erste Stadt Württembergs, die Einführung der Berufsvormundschaft, eine Maßregel, die die Stadt jährlich 15 000—16 000 Mark kosten wird. Als das geeignetste System wurde die Sammelvormundschaft erkannt.

Stuttgart, 23. Jan. Die Differenz zwischen der Firma Robert Bosch und dem Metallarbeiterverband ist von dem Werk 2 in Feuerbach jetzt auch auf das Hauptwerk in Stuttgart übergesprungen. Die Arbeiterschaft hat einstimmig beschlossen, die Sperre auf das Stuttgarter Werk auszudehnen, weil dort Arbeitereinstellungen erfolgen und der Zuzug von organisierten Arbeitern fern zu halten, desgleichen die Leistung von Ueberstunden über Schichtarbeit zu verweigern sei.

Reutlingen, 23. Jan. Eine besondere Ehrung wurde dem früheren Obermeister der Freien Sattler- und Tapezierinnung, Herrn Tapeziermeister Fritz Lamparter sen. dadurch zuteil, daß er in der letzten Innungsversammlung zum Ehren-Obermeister ernannt wurde. Eine Deputation der Innung überreichte ihm mit dem Dank der Innungsmitglieder für die hervorragenden der Innung geleisteten Dienste ein künstlerisch ausgeführtes Ehrendiplom.

Welzheim, 23. Jan. Der in weiten Kreisen bekannte und wohlgelittene Rößleswirt Lindauer von Kaisersbach ist nach längerem Leiden gestern abend gestorben. Die Touristenwelt verliert in ihm einen ausgezeichneten und humorvollen Herbergsvater, bei dem die Besucher des Ebnisses gerne einkehrten, um sich an seinem urwüchsigen Humor und biederen herzigen Wesen und nicht zuletzt an seinem Keller und seines gastlichen Hauses zu erfreuen.

Friedrichshafen, 24. Jan. Bei der Zeppelin-Luftschiffwerft sind zwei weitere Luftschiffe für die Heeresverwaltung bestellt worden. Das erste Luftschiff „Z 4" soll schon in einem Monat, das 2., „Z 5", im Frühsommer fertiggestellt sein.

Die Unfallversicherung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung.

5. Betriebsunfall. Unfallfeststellung.

Gegenstand der Versicherung ist der Ersatz des Schadens, der einem Versicherten durch Körperverletzung oder Tötung entsteht infolge eines Unfalls bei Ausübung seiner Arbeit, eines Betriebsunfalls. Sachschaden wird nicht ersetzt. Unfall im Sinne des Gesetzes ist ein plötzlich in Minuten oder Sekunden auftretendes zeitlich bestimmbares äußeres Ereignis, das auf die körperliche oder geistige Gesundheit einer Person schädigend einwirkt. Durch das Moment der Plötzlichkeit unterscheidet sich der Unfall von der Krankheit. Krankheiten, die sich allmählich entwickeln, fallen nicht unter den Begriff des Unfalls, z. B. die sogenannten Gewerbekrankheiten, die durch fortgesetzt wirkende Schädlichkeiten des Berufs (Einatmung ungesunder Dämpfe, Verwendung giftiger Materialien, Bleiweißfarben u. a., Arbeiten in Feuchtigkeit und Wasser, z. B. beim Tiefbau u. a.) hervorgerufen werden. Durch Beschluß des Bundesrats kann indessen die Unfallversicherung auf bestimmte gewerbliche Berufskrankheiten ausgedehnt werden. Im Betriebe hat sich der Unfall ereignet, wenn ein ursächlicher mittelbarer oder unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Unfall und dem Betriebe besteht. Unfälle, die durch höhere Gewalt (Naturereignisse, z. B. Blitzschlag) oder durch außergewöhnliche Witterungs- und Temperaturverhältnisse (Hitze, Kälte) hervorgerufen werden, sind Betriebsunfälle, wenn der Verletzte Einwirkungen solcher Art gerade infolge seiner Tätigkeit im Betrieb ausgesetzt war. Zum Betrieb gehören in der Regel nicht die Wege der Arbeiter von ihrer Wohnung zur Betriebsstätte und umgekehrt. Dagegen erstreckt sich die Versicherung auch auf Unfälle bei häuslichen und anderen Diensten, zu denen versicherte Personen neben der Beschäftigung im Betriebe von ihren Arbeitgebern oder deren Beauftragten herangezogen werden, zum Beispiel ein für das Geschäft gehaltener Kutscher wird zu Spazierfahrten oder zur Wartung von Kutschpferden herangezogen und erleidet dabei einen Unfall, oder ein Fabrikarbeiter wird zu Botengängen in Privatangelegenheiten oder zu Arbeiten im Hausgarten des Arbeitgebers verwendet.

Ein Betriebsunfall liegt vor ohne Unterschied, ob den Verletzten ein Verschulden trifft oder nicht, ob der Verletzte selbst oder der Betriebsunternehmer oder sonstwer den Unfall verschuldet hat, und muß als solcher den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend entschädigt werden. Selbst verbotswidriges Handeln schließt die Annahme eines Betriebsunfalls nicht aus, z. B. Nichtbeachtung von Schutzvorrichtungen, Abspringen von in Bewegung befindlichen Beförderungsmitteln u. a. Nur, wenn der Verletzte und seine Hinterbliebenen den Unfall vorsätzlich herbeigeführt haben, steht ihnen kein Anspruch zu auf Schadenersatz. Hat der Verletzte sich den Unfall beim Begehen einer Handlung, die nach strafgerichtlichem Urteil ein Verbrechen oder vorsätzliches Vergehen ist, zugezogen, so kann der Schadenersatz ganz oder teilweise versagt werden.

Zur Verhütung von Unfällen sind die Berufsgenossenschaften verpflichtet, die erforderlichen Vorschriften zu erlassen über

1. die Einrichtungen und Anordnungen, welche die Mitglieder zur Verhütung von Unfällen in ihren Betrieben zu treffen haben, z. B. Anbringung von Schutzvorrichtungen an Maschinen, u. a.,
2. das Verhalten, das die Versicherten zur Verhütung von Unfällen in den Betrieben zu beobachten haben.

Unfallverhütungsvorschriften können auch für einzelne Bezirke, Gewerbszweige und Betriebsarten erlassen werden.

In den Vorschriften ist zu bestimmen, wie sie den Versicherten bekannt zu machen sind.

Wenn in einem Betriebe Arbeiter beschäftigt sind, welche des Deutschen nicht mächtig sind, so sind ihnen, wenn fünfundzwanzig gemeinsam eine andere Muttersprache sprechen, die Unfallverhütungsvorschriften und die diese ersetzenden bergpolizeilichen Verordnungen in dieser bekannt zu machen.

Zuwiderhandlungen der Mitglieder gegen die Vorschriften können mit Geldstrafen bis zu eintausend Mark, solche der Versicherten mit Geldstrafen bis zu sechs Mark bedroht werden.

Den Versicherten ist dringend anzuraten, jeden Unfall, den sie in einem versicherungspflichtigen Betriebe erleiden, sofort selbst, oder, wenn sie selbst es nicht können, durch Mitarbeiter oder andere Personen ihrem Betriebsunternehmer oder Betriebsleiter anzuzeigen.

Der Betriebsunternehmer hat jeden Unfall in seinem Betriebe anzuzeigen, wenn durch den Unfall ein im Betriebe Beschäftigter getötet oder so verletzt ist, daß er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird, und zwar binnen drei Tagen, nachdem er ihn erfahren hat, schriftlich oder mündlich der Ortspolizeibehörde des Unfallorts und der durch die Satzung bestimmten Stelle des Versicherungsträgers (Genossenschaftsvorstand, Sektionsvorstand). Nach Empfang der Unfallanzeige hat die Ortspolizeibehörde den Unfall sobald als möglich zu untersuchen. An der Untersuchung können teilnehmen oder sich dabei vertreten lassen

der Verletzte oder seine Hinterbliebenen,
der Träger der Unfall- und der Krankenversicherung,
der Unternehmer,
das Versicherungsamt,
bei Unfällen in Betrieben, die der Gewerbeaufsicht unterliegen, der staatliche Aufsichtsbeamte.

Die Ortspolizeibehörde stellt den Sachverhalt fest; sie kann Ermittelungen jeder Art mit Ausschluß eidlicher Vernehmungen anstellen.

Auf Antrag der Versicherungsträger oder des Berechtigten sollen Sachverständige zugezogen werden, die Kosten trägt der Antragsteller.

Durch die Untersuchung werden namentlich festgestellt
Veranlassung, Zeit, Ort, Hergang und Art des Unfalls,
Name der getöteten oder verletzten Person, sowie Tag und Ort der Geburt,
die Art der Verletzung,
der Verbleib des Verletzten,
die Hinterbliebenen des Getöteten und die Angehörigen des Verletzten, die eine Entschädigung nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung beanspruchen können,
die Höhe von Unterstützungen und Renten, die der Verletzte aus der Reichsversicherung bezieht.

Ueber die Untersuchungsverhandlungen ist eine Niederschrift aufzunehmen und, sobald die Untersuchung abgeschlossen ist, von der Ortspolizeibehörde mit den Verhandlungen dem Versicherungsträger, d. h. dem Sektionsvorstand, wenn die Berufsgenossenschaft in Sektionen eingeteilt ist, oder dem Genossenschaftsvorstand zu übersenden zur Feststellung der Unfallentschädigung.

Die Feststellung ist zu beschleunigen. Hält der Versicherungsträger die Sache nicht für genügend aufgeklärt, so hat er weitere Ermittlungen anzustellen.

Ueber die Feststellung wird ein schriftlicher Bescheid erteilt.

Wird eine Entschädigung gewährt, so muß der Bescheid ihre Höhe und die Art der Berechnung ersehen lassen. Bei Entschädigungen an Verletzte, denen eine Rente gewährt wird, ist insbesondere anzugeben, welcher Grad der Erwerbsunfähigkeit angenommen wird. Der Bescheid ist zu begründen.

Gegen den Bescheid kann binnen einem Monat nach seiner Zustellung Einspruch bei dem Versicherungsträger schriftlich erhoben werden. Geschieht solches nicht, so wird der Bescheid rechtskräftig. Jtz.

Nah und Fern.

Brand- und Unglücksfälle.

Der Telegraphenarbeiter Schiele in Leonberg war mit dem Ziehen eines neuen Telephondrahtes beschäftigt. Als er den Draht auf einem Masten befestigen wollte, brach dieser am Boden ab. Schiele stürzte mit der Stange auf die Erde und mußte mit schweren inneren Verletzungen in seine Wohnung nach Höfingen verbracht werden.

Ein tödlicher Unglücksfall ereignete sich in den Gußstahlwerken Krupp in Essen. Ein Eisenblock, der sich aus dem Fanghaken löste, stürzte auf den Arbeiter Christian Lanz und zermalmte ihn.

Bluttat in Besigheim.

In einem Streit schoß der Weingärtner Wilhelm Joos in Besigheim, nachdem er zuvor seinen Vater mit der Axt bedroht hatte, nach seinem Bruder und zerschmetterte ihm die Kinnlade. Der schwer Verletzte, der Vater von drei Kindern ist, wurde in das Krankenhaus nach Heilbronn gebracht, an seinem Aufkommen wird gezweifelt.

Ein Volkstheater im Scheunenviertel.

Die Gewährung einer Hypothek von 2 Millionen an den Verein „Neue Freie Volksbühne" in Berlin zur Errichtung eines Volkstheaters im sogenannten Scheunenviertel, wurde von dem zur Vorberatung eingesetzten Stadtverordnetenausschuß einstimmig genehmigt und soll in einigen Tagen der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Genehmigung vorgelegt werden. Auch der Plan einer telephonischen Oper unter dem Namen „Telephon-Herold" fand bei den Rathausfraktionen in der Vorbesprechung eine günstige Beurteilung.

Mord und Selbstmord vor dem Richter.

Vor dem Appelationsgericht in Lüttich wurde in einem seit zwei Jahren schwebenden Ehescheidungsprozeß auf Antrag der 30 Jahre alten Ehefrau Louise Mollekar das Scheidungsurteil ausgesprochen. Während der Richter noch das Urteil verkündete, feuerte der wütende Ehemann auf seine ehemalige Frau einen Revolverschuß ab und verwundete die Flüchtende durch einen zweiten Schuß in den Rücken. Ehe noch die Gerichtsdiener den Täter ergreifen konnten, hatte er sich mit einem dritten Schuß den Schädel zertrümmert und stürzte tot zu Boden.

Teures Schweinefutter

Ein Fleischergeselle, der von seinem Meister den Auftrag erhalten hatte, in dem Dorfe Preititz bei Bautzen Schweine zu kaufen, legte während des Wiegens der Schweine seine mit Papiergeld gefüllte Brieftasche auf eine Kiste in der Nähe des Stalles. Als er die Brieftasche wieder nehmen wollte, hatten zum nicht geringen Schrecken des Gesellen die Schweine das Notizbuch, Brieftasche und für 1000 Mark Papiergeld zerfressen. Von dem Gelde konnten drei Hundertmarkscheine zusammengelegt werden, die auch von der Landständischen Bank ersetzt wurden. Ob aber die übrigen 700 Mark ersetzt werden, hängt von der Entscheidung der Reichsbank ab.

Handel und Volkswirtschaft.

Finanzieller Wochenrückblick.

Die Tatsache, daß die Türkei sich jetzt grundsätzlich für einen Friedensschluß erklärt hat und durch die Preisgabe Adrianopels an Bulgarien diesem Lande die Möglichkeit eröffnet, auch die rumänischen Ansprüche zu befriedigen, ist von der Börse mit doppelter Freude deshalb aufgenommen worden, weil die Pforte nur aus Mangel an weiteren Geldmitteln und um sich fernerhin Anleihen für die Entwicklung der übrig bleibenden asiatischen Türkei zu sichern, diese Nachgiebigkeit gezeigt hat, was sonach in letzter Linie einen Sieg der Börse bedeutet. Auch die leichte Entspannung des Geldmarktes befriedigte nicht weniger als die verschiedenen amtlichen Auslassungen der letzten Zeit über die Fortdauer der wirtschaftlichen Hochkonjunktur. Infolgedessen ist die Spekulation mit neuen Käufen an die Märkte gekommen, und wenn auch die Vernachlässigung der fest verzinslichen Anlagewerte eine ausgiebige Beteiligung des seriösen Publikums am Verkehr noch vermissen läßt, so ist doch zu hoffen, daß diese Kreise nunmehr gleichfalls ihre Kriegsangst und ihr sonstiges Mißtrauen überwinden werden. Nachstehend die wichtigsten Kursveränderungen: 3proz. ige Reichsanleihe min. 0,10, 3½proz. min. 0,10, 3½proz. Württemberger min. 0,50, 4proz. plus 0,10, Nationalbank plus 0,20, Handelsanteile plus 0,90, Dresdener Bank plus 1,10, Diskonto und Darmstädter Bank plus 2,25, Deutsche Bank plus 3,50, Canada Pacific plus 3,75, Franzosen plus 0,50, Lombarden plus 0,10, Hapag min. 2, Lloyd min. 0,50, Hösch plus 2, Rombach plus 2,20, Harpen plus 2,45, Phönix plus 2,60, Bochum plus 2,90, Deutsch Lux plus 3, Rheinstahl plus 3,25, Gelsenkirchen plus 3,60, Deutsche Waffen plus 7,25, Köln-Rottweil plus 5,25, Dynamit Trust plus 1,40, A. E. G. plus 4,50, Siemens u. Halske plus 5.

Die Getreidemärkte lagen schwach, weil das Frostwetter aufgehört hat und niedrige amerikanische Notierungen einliefen, sodaß die Haussiers zu Abgaben gezwungen wurden. Außerdem hat die Roggenzufuhr bedeutend zugenommen. In Berlin gab Maiweizen 3¾ und Mairoggen 2¾ M nach. Amerikanischer Weizen stellte sich 1½ bis 2 Cents niedriger. Das Habergeschäft ist andauernd flau.

Auf dem Kaffeemarkt hat die Entscheidung des Valorisationskommitees in London deshalb keine größere Wirkung erzielt, weil sie mit ziemlicher Sicherheit erwartet worden war. Insbesondere sah sich die Spekulation durch den Beschluß beruhigt, in diesem Jahre keine weiteren Valorisationsbestände zu verkaufen. In Hamburg blieben die Terminpreise gegen die Vorwoche ziemlich unverändert und gaben nur bis zu ½ Punkt nach. In Newyork setzte die Spekulation die Terminpreise um 10—20 Punkte herunter.

Im Zuckergeschäft ist eine Befestigung eingetreten, weil das Frostwetter eine Zeit lang die Flußschiffahrt unterbrach und in Magdeburg Deckungskäufen vorgenommen wurden. Dort wurden die Terminpreise bis zu 17 Pfennig in Hamburg 10—20 Pfg. heraufgesetzt.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Hörten Sie schon?

Humoristische Wochenrundschau von **Gottlieb von der Enz**

Es wetterte ein Wetterle
Und machte viel Getätterle,
Hob die Franzosen, mon Dieu,
Gar weit noch übern grünen Klee.
Doch sie, die große Nation,
Sie kennen Wetterle ja schon;
Sie wollen ihn nicht halb geschenkt,
Weil jeder richt'ge Franzmann denkt:
Es ist ein trübes Wässerle,
Nit dütsch und nit Elsäßerle,
Auch nit Franzos, Protesterle
Und weiter nix ist's Wetterle.
Poincare, der Präsident,
Ist schließlich doch durchs Ziel gerennt;
Und selbst der unterlag, der Pams,
Der spricht zufrieden jetzt: Wir ham's!
Die Trikolore ruhmbeschwingt,
Wenn sie die Marseillaise singt,
Stößt einen Jodler aus, juchhe:
Wer weiß, wie's wird, Poincare!
Die Note war großmächtiglich,
Der Türke sagt bedächtiglich:
Die Note an das Gold'ne Horn
Gefällt mir hinten nicht, nicht vorn.
Die Inselchen, Adrinnopel
Verbleiben bei Konstantinopel,
Doch einig sind wir, werte Herrn,
In einem Punkte mit euch gern:
Wir sind zum Frieden so bereit,
Wie alle ihr zur — — — Einigkeit.
Es tobt ein Streit im Entenpfuhl,
Die Säge kratzt an manchem Stuhl;
Wer drauf sitzt, der wird abgesägt
Und hinterher sehr gut verpflegt,
So geht's bei uns jahraus jahrein,
Es könnte gar nicht besser sein.
Wer seiner Zeit genug getan,
Sieht sich die Welt von weitem an,
Lebt friedlich hin, wie's gut bekommt,
Und wie es allen andern frommt.
Doch mancher wird verhindert dran,
Daß er einst stirbt als braver Mann.
Sternickel war als Bräutigam
So lieb, wie wenige ihn ham.
Er wußte, was sich schicken tut,
Wollt' kaufen sich ein Rittergut,
Um da zu leben frank und frei,
Er brauchte keine Polizei.
Doch diese hat zu seinem Schmerz
Ihn ganz geschlossen in ihr Herz,
Ja, weil sie Sorge um ihn trägt,
Hat sie in Ketten ihn gelegt.
Zur Ruh ist er gesetzt; doch hat
Er 's faule Leben schon so satt!

Druck und Verlag der Bernh. Hofmannschen Buchdruckerei in Wildbad. — Verantwortlich: A. Reinhardt daselbst.

Schützen-Verein Wildbad.

Morgen **Sonntag, den 26. Jan.** findet das

Kaiserbecher-Schießen

statt, und bittet um zahlreiche Beteiligung.

Das Schützenmeisteramt.

NB. Zu den morgen abend stattfindenden **Schützenball** des **Schützen-Vereins** Neuenbürg ist an unseren Verein Einladung ergangen und ersuchen wir die Mitglieder sich hiebei zahlreich zu beteiligen. **Abfahrt 8,12 Uhr.**

II. Preuss. Südd. Kl.-Lotterie

Ziehung II. Klasse
am 14. und 15. Februar 1913.

Erneuerungslose:

1/8	1/4	1/2	1/1 Los
5.—	10.—	20.—	40.—

Kauflose:

1/8	1/4	1/2	1/1 Los
10.—,	20.—,	40.—,	80.—,

Die amtlichen Ziehungslisten 1. Klasse sind soeben eingetroffen und können unentgeltlich eingesehen werden.

Sie sind verkäuflich à Stück 10 Pfennig.

Wildbad, **Der Kgl. Lotterie-Einnehmer**
Vereinsbank Telefon Nr. 4 **Fritz Rath.**

Handelsschule Marquart Schwarzwald-Kolleg, Pforzheim

Erstklassiges Institut zur kaufm. Ausbildung für Damen u. Herren, mit grosszügiger Schreibmaschinen-Einrichtung. Blindschreiben mit allen zehn Fingern. 50 % Mehrleistung. Perfekte Schreiber u. Schreiberinnen sehr gesucht und gut bezahlt.

10b Zerrenerstr. 10b Telephon 1329 und 1289.

Bad-Anstalt Jungborn

Telefon 109. Telefon 109.

empfiehlt seine **Dampf-, Wannen-** und **med. Bäder, Massagen, Packungen usw.** der Einwohnerschaft von hier und Umgebung.

Den Krankenkassenmitgliedern besonders empfohlen.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Carl Schmid.

Vorherige Anmeldungen erbeten.

Fußball-Verein Wildbad.

Am **Samstag,** den 25. Januar, abends 1/2 9 Uhr, findet im Gasthaus zum **„Badischen Hof"** unsere jährliche

General-Versammlung

statt, wozu die aktiven und passiven Mitglieder des Vereins höflichst eingeladen werden. Die **Tages-Ordnung** wird im Lokal bekannt gegeben.

Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Der Vorstand.

Rekruten-Verein Wildbad.

Sonntag, den 26. Jan. nachm. 1 1/2 Uhr

Versammlung

im **Schwarzwald-Hotel.**

Vollzähliges Erscheinen notwendig. **Der Vorstand.**

Liederkranz Wildbad.

Samstag abend 8 Uhr

Singstunde

im Lokal **Gasth. z. Sonne.**

Im Auftrage meiner Mutter habe ich die 1 1/2 Morgen gr. im Spießfeld gelegene **Wiese** auf mehrere Jahre **zu verpachten,** ferner habe den im Kappelberg gelegenen einen halben Morgen großen

Acker

zu verkaufen.

Fr. Krauß, Hufschmied.

Evang. Gottesdienst.

Sexagesimä, 26. Januar.

Vorm. 3/4 10 Uhr Predigt: Stadtvikar Seeger.

Vorm. 3/4 11 Uhr Kindergottesdienst.

Nachm. 1 Uhr Christenlehre mit den Söhnen: Stadtpfarrer Rösler.

Nachm. 2 1/2 Uhr Pfadfinder.

Nachm. 5 Uhr Jünglingsverein.

Abends 1/2 8 Uhr Bibelstunde in der Kleinkinderschule: Stadtpfarrer Rösler.

Union-Kinematograf Gasthaus zur alten Linde.

Sonntag, den 28. Dezember
Nachmittags von 5 Uhr ab.

1. Tag im Film, Naturaufnahme.
2. Lemke am Butterfaß, Hum.
3. **Auf dem Amerikadampfer,** Drama.
4. Eierkuchen a la Pieske, Hum.
5. Eine Staußenfarm, Naturaufnahme.
6. **Romola,** Drama.
7. Ein Ohrfeigengesicht, Humorvoll,
8. **Der Unbekannte,** Drama.

Hausfrauen!

verwenden vorteilhaft in der Küche **Suppennudeln, Gemüsenudeln, Makkaroni,** sowie alle **Suppeneinlagen** (garantiert Eier-:: teigware) aus der ::

Drogerie H. Grundner
Nachfolger
Herm Erdmann.

„Sanella"

Mandelmilch Reform vorzüglich zum Braten u. Backen **per Pfund 90 Pfg.**

Grossmann's,
Delikatessen-Geschäft.

Kübler's gestrickte reinwollene Damen- u. Mädchen Reformbeinkleider

Gamaschen
in großer Auswahl
„Teufels" Mars-Gamasche
beste Wickel-Gamasche
Mars-Band
Sweater, gestrickte Jacken, Herren- und Damenwesten
bei
Geschwister Horkheimer.

Café Bechtle, Weinstube

Vorzügl. alte und neue Weine
im Ausschank.

Herren-Konfektion

in
vorzüglicher Verarbeitung.

Herren-Anzüge Mk. 20, 25, 29, 33, 40, 45,
(1 u. 2-reihig)
Jünglings-Anzüge Mk. 17, 20, 25, 30
Herren-Ueberzieher Mk. 25, 30, 40.
Ulster Mk. 25, 35, 45.
sehr beliebtes und modernes Kleidungsstück
Bozener Mäntel Mk. 20, 22, 24.
Pelerinen Mk. 10, 12, 15, 18, 20, 22, 25.
Hosen in vielen Mustern von Mk. 4.50 bis 15.
Lodenjoppen von Mk. 6.70 bis 20.
1 und 2-reihig.
Arbeiter-Hosen. **Arbeits-Anzüge.**
gestrickte Westen
glatt und Fantasie.
Knaben-Anzüge in allen Fassons in **Halbtuch, Buckskin, Loden, Samt, Cheviot** 2c.
von Mk. 4 bis Mk. 22.
Kieler Anzüge
Bleyles gestrickte Knaben-Anzüge.
Knaben- und Mädchen-Pelerinen
Damen-Pelerinen und Bozener Mäntel.

Philipp Bosch,
Wildbad

Selbstgewässerten frischen **Stockfisch**
empfiehlt
A. Blumenthal.

Großes Lager reinwoll. halbwollener, baumwoll. **Trikot-Unterkleider,** Strümpfe Socken u. Frottier-u. **Waschtücher;** größt. Auswahl in **Blusen,** von einfachsten bis feinsten, sowie **Röcken** in Flanell, Leinen, Lister Moiree und Seide. **Schürzen** aller Art. **Kragen, Manschetten, Kravatten,** sowie **Woll- und Kurzwaren.** Große Auswahl der neuesten **Hand-Arbeiten,** fertige **Stickereien,** sowie sämtliche Stickmaterialien, Strick-, Woll- und Häkelgarne zu den billigsten Preisen.

Erste und älteste Verkaufsstelle
der Prof. Dr. Jaegers Unterkleidung.

Geschwister Freund,
Hauptstr. 104. **Hauptstr. 104.**

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw